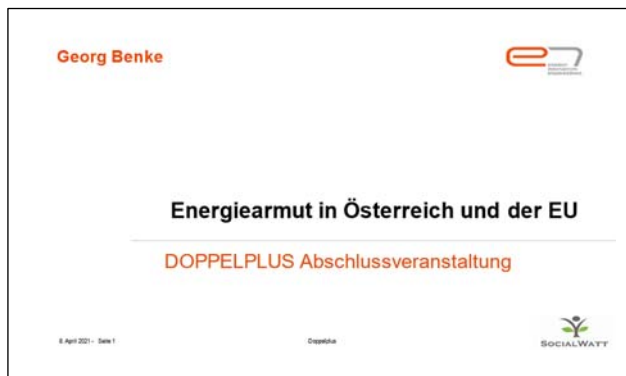


Energiearmut in Österreich und der EU

Keynote von Dr. Georg Benke, e7 energy innovation & engineering



Im Rahmen der Abschlussveranstaltung der Initiative *DoppelPlus* am 8. April 2021 hielt Dr. Georg Benke von der *e7 energy innovation & engineering* die Key Note zum Thema „Energiearmut in Österreich und der EU“.

Sehr geehrter Herr Energielandesrat LHStv Geisler,
sehr geehrte Klimaschutzlandesrätin LHStvin Felipe,
sehr geehrte Damen und Herren,

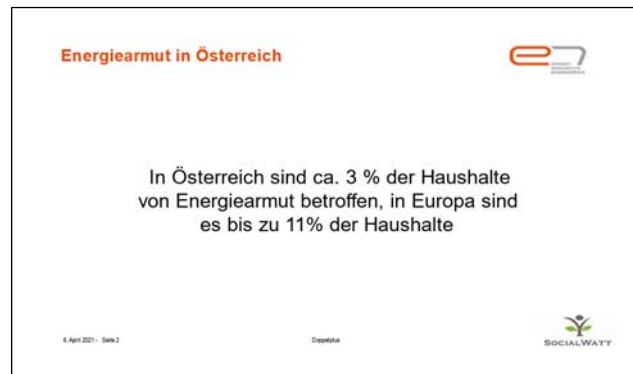
Es freut mich, dass ich hier kurz nach der Begrüßung durch die Politik die Key Note im Rahmen der Abschlussveranstaltung von *DoppelPlus* halten darf. Ich möchte dies nutzen, um ein wenig meine Sichtweise des Themas Energiearmut darzustellen.

Der sozialen Verantwortung in der Gesellschaft den Schwächsten gegenüber trägt auch die EU Rechnung und zwar in Form von diversen Richtlinien, die sich der Bekämpfung von verschiedenen Aspekten der Armut, insbesondere der Energiearmut, widmen.

Die bloße Existenz dieser Richtlinien zeigt die Relevanz von „organisierter“ Energie in unserem Leben. Energie ist ein wesentliches Element des täglichen Bedarfs, auf das man nicht so leicht verzichten kann. Ihre Verfügbarkeit bestimmt dabei nicht nur die Qualität des Lebens, sondern es geht überhaupt um das „normale“ Leben, seien es Wärme und Behaglichkeit oder Licht und Information – und das nicht nur jetzt, in Zeiten der Pandemie, die das Leben für sozial Schwächere noch zusätzlich schwieriger machen.

Es ist einfach, über Energiearmut zu reden, es ist allerdings ungleich schwerer, diesbezüglich aktiv zu werden, Maßnahmen zu setzen und festzustellen, wer von Energiearmut betroffen ist. In Österreich sprechen wir von ca. 3% der Haushalte, dabei gestaltet sich eine genaue Definition, wer wann von Energiearmut betroffen ist, äußerst schwierig und je nach Definition werden Hilfsangebote und Schwerpunkte anders gesetzt. Gleichzeitig muss die Ermittlung einerseits praktikabel sein, aber auch eine gewisse Aussagekraft besitzen. Letztlich geht es um Empfehlungen für die Politik, die Ressourcen und Möglichkeiten schaffen muss, um effiziente Maßnahmen setzen zu können.

Während wir in Österreich von ca. 3% der Haushalte sprechen, wird auf europäischer Ebene von 11% oder insgesamt 54 Millionen Bürgern ausgegangen. Diesbezüglich können wir uns in Österreich also (noch) glücklich schätzen. Und auch wenn wir demnach nicht so stark betroffen sind



wie der Durchschnitt der EU, bedarf es mehr denn je der Experten, die bei jedem Fall individuell und durchaus in einem bestimmten Rahmen entscheiden können müssen, welche Hilfsmaßnahmen am besten geeignet sind. Was hilft, was ist machbar, was bringt was. In der Praxis bedeutet das aber auch, dass es diesen Rahmen geben muss, innerhalb dessen die Experten frei entscheiden und verfügen können.

DoppelPlus und ähnliche Projekte

DoppelPlus hat sich in den letzten 4 Jahren zum Ziel gesetzt, das Thema in den Vordergrund zu rücken und den betroffenen Haushalten Hilfestellung zu leisten. Vermutlich sind es im Bundesland Tirol ebenfalls rund 3% der Haushalte, das wären in absoluten Zahlen ca. 10.000 Haushalte.

Mein Eindruck vom Projekt Doppelplus ist, dass es trotz aller Schwierigkeiten, zu denen auch noch die aktuelle Pandemie kam, äußerst erfolgreich war. Es wurde viel Erfahrung gesammelt, speziell zu der Frage, wie man betroffene Haushalte erreichen kann. Dazu muss ich hier gratulieren. Denn wie ich aus Gesprächen und auch persönlich weiß, ist es gar nicht so leicht, diese Haushalte zu erreichen. Jeder, der sich mit dem Thema Energiearmut beschäftigt, weiß, dass genau dies einer der Kernpunkte ist, denn von Armut betroffene tragen dies nicht vor sich her. So kommt eine Unterstützungsmöglichkeit oft erst zustande, wenn es schon zu spät ist.

Aber ich möchte jetzt nicht alles der folgenden Projektvorstellung vorwegnehmen, sondern eher einen Überblick geben, was sonst noch so erfolgt in Österreich und Europa, aber auch andeuten, wo es hingehen kann. Derzeit gibt es neben *DoppelPlus* zahlreiche Projekte, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.



- SocialWatt: In Zusammenarbeit mit Energieversorgern werden Tools zu entwickelt, damit die bei Ihrem gesetzlichen Auftrag in Zusammenarbeit mit Energiearmut besser reagieren können
- ASSIST (bereits beendet): Verhaltensänderung
- STEP – Solutions to Tackle Energy Poverty: Ziel ist die Linderung der Energiearmut durch die Förderung von Verhaltensänderung bei von Energiearmut betroffenen Personen durch vertrauensvolle, maßgeschneiderte Beratung.
- Step-IN: Es werden Methoden und Wissen entwickelt, wie Energieeffizienz die Lebensqualität und das allgemeine Komfortniveau verbessern kann.
- EmpowerMed: Befähigung von Frauen, gegen Energiearmut vorzugehen.
- ENPOR: zielt auf politische Maßnahmen im privaten Mietsektor an. – erst vor kurzem gestartet unter der Teilnahme der Österr. Energieagentur
- Powerpoor: Unterstützungsprogramme / Programme für energiearme Bürger zu entwickeln und die Nutzung alternativer Finanzierungsmodelle zu fördern

Aber auch auf österreichischer Ebene laufen viele Projekte:

- Auf der einen Seite gibt es die Vorarbeiten für die Roadmap Energiearmut beim BMK, da werden in den nächsten Monaten die ersten Diskussionen zu diesem Thema erwartet
- in einem zweiten Forschungsprojekt - unterstützt vom Klimafonds – wird untersucht, wie man die Hemmnisse im Bereich der Wärmeversorgung (Barrieren für die Effizienzmaßnahmen) verbessern kann.

Ich habe diese Projekte bewusst hier angeführt, um Sie einzuladen, diese Datensätze aktiv zu nutzen. Werfen sie doch einen Blick darauf – vor allem auf die zahlreichen Reports, vielleicht bietet der eine oder andere den notwendigen Impuls, den Sie für die Weiterentwicklung ihrer Tätigkeit im Bereich der Energiearmut nutzen können. Treten Sie auch mit den Projektakteuren aktiv in den Dialog.

Ich möchte in diesem Rahmen auch zwei österreichische Programme nennen, die auf europäischer Ebene zu den Frontruntern gehören:

- Caritas StromHilfefonds
- Ombudsstelle der Energie Wien

Österreich ist in Fragen rund um das Setzen von Maßnahmen gegen Energiearmut durchaus gut unterwegs – auch dank des Projekts *DoppelPlus*. Ich halte auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für durchaus als gut – sehe aber noch einige Möglichkeiten, die hier gesetzt werden müssen, es gibt also noch Luft nach oben.

Eine der relevantesten Maßnahmen ist die Einrichtung einer Servicestelle, an die sich betroffene Haushalte wenden können. Wichtig ist hier, dass der dortige Ansprechpartner kein normaler Service-Mitarbeiter des EVUs ist, sondern ein Experte, der die Probleme der Betroffenen versteht und im Bedarfsfall die Entscheidungsgewalt hat, praktikable Lösungen finden zu können. Auch für ein EVU kann eine kulante Lösung oft die wirtschaftlichste sein, weil auch mit dem Mahnwesen Kosten verbunden sind.

Ich habe die ersten Energiearmutsprojekte ca. 2012 gemacht und auch wenn es hier viel mehr Erfahrungen in der praktischen Umsetzung bei einzelnen von Ihnen gibt, hat sich doch in den letzten Jahren ein Bild sehr stark verstärkt:

Auch wenn es sehr stark um die Bekämpfung der Armut und hier im Besonderen der Energiearmut geht, hat sich das Wording bei mir in den letzten Jahren geändert. Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht mehr von der Bekämpfung der Energiearmut, sondern vom Umgang mit dem Thema Energiearmut.



Wie wird das Thema derzeit wahrgenommen?

Derzeit sind Hilfestellungen bei Energiearmut durch den gesetzlichen Rahmen vorgegeben, der vor allem die Energieversorger betrifft: Der Gesetzgeber sieht hier sehr die Verantwortung und den Handlungsbedarf eben beim Energieversorger – primär aber bei den leitungsgebundenen Energieträgern. Kommt es zu Schwierigkeiten beim Zahlen der Energiekosten, tritt Energiearmut plötzlich an das Licht. Es gibt Regeln und Vorgaben und je nach Energieversorger wird unterschiedlich vorgegangen. Wie das erfolgt, ist national zu regeln und es gibt hier durchaus sehr erfolgreiche Programme in Österreich, die vorbildhaft für ganz Europa sein können.

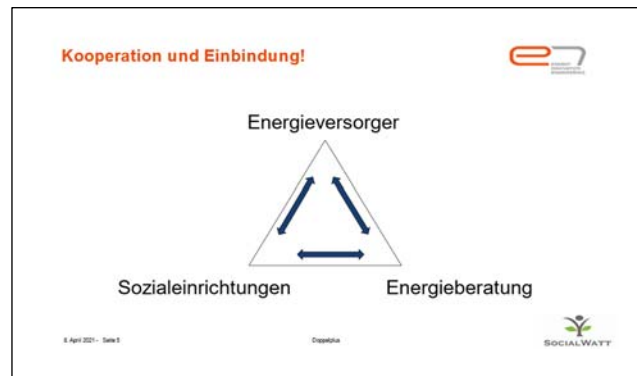
Das Problem, das bei diesem Zugang besteht, ist, dass Energiearmut meist erst dann sichtbar wird, wenn es zu spät ist – nämlich wenn es zu einer Konfliktsituation zwischen dem Energieversorger und dem Haushalt gekommen ist.

Aus dieser Sicht müssen wir uns alle fragen:

- Was kann unternommen werden, um die betroffenen Haushalte früher und leichter zu erreichen?

- Gibt es Möglichkeiten, Betroffene früher zu erreichen?
- Wie erreichen wir die, die derzeit schon auf Energiekonsum verzichten, kaum heizen und auch das Licht kaum einschalten?

Hier ist es wichtig, eine gute Gesprächsebene zwischen den gesetzlich verantwortlichen Energieversorgern und den Sozialeinrichtungen zu schaffen, die meist bereits den Zugang zu diesen Haushalten haben und auch deren Sprache sprechen. Nur so können bereits auf dem kurzen Dienstweg Probleme gelöst werden, bevor sie akut werden.



Lösungsansätze

Es wäre eine Einrichtung erstrebenswert, ein runder Tisch, wo sich die EVU – Vertreter mit den Sozialexperten und Energieberatern treffen, kennenlernen und austauschen. Wenn so eine Einrichtung besteht, ist es viel leichter, an einer Lösung zu arbeiten. Wichtig ist aber auch, dass beide Gruppen voneinander lernen: Der Sozialexperte soll ein wenig Basiswissen von Energieeffizienz haben und die Energieexperten auch ein wenig Ahnung von Sozialpolitik.



Zurück aber zu der Feststellung, dass der Gesetzgeber die Verantwortung den Energieversorgern übertragen hat. Wie das national umgesetzt wird, liegt natürlich in der Entscheidung der Mitgliedsstaaten.

Es ist jedoch zu einfach, die Verantwortung primär dem Energieversorger zu übertragen, wenn man davon ausgeht, dass der Wärmeverbrauch sehr stark von der thermischen Qualität eines Gebäudes beeinflusst wird, während der Stromverbrauch eher durch das Verhalten und die Ausstattung beeinflusst wird. Daher sollte man in der nächsten Zeit den Blick auf diesen Bereich richten und den Wohnungs- oder Gebäudeeigentümer hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Ideal wäre, wenn ein Experte für Wohnrecht oder Wohnungssanierung und /oder Förderwesen auch Teil des vorher erwähnten runden Tisches wäre. Dadurch könnten sich vielleicht auch Möglichkeiten auftun und Förderungen verstärkt in diese Richtung fließen.

Dazu darf ich hier erwähnen, dass sich das H2020 Projekt ENPOR unter der Beteiligung der AEA mit dieser Fragestellung in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Der Schwerpunkt wird auf Mietwohnungen gelegt.

In Summe sollten an dem sogenannten runden Tisch – jeweils regional dann

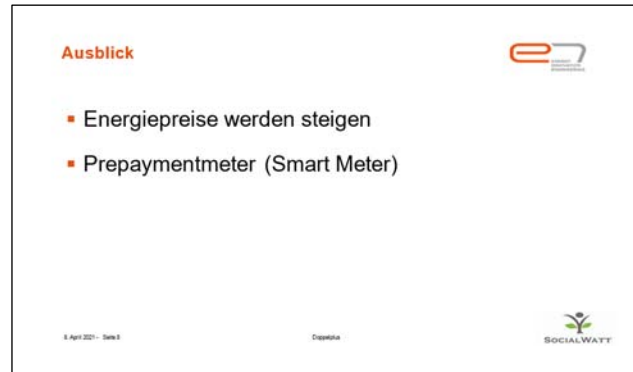
- Energieversorger
- Sozialexperten
- Energieexperten
- und Experten aus dem Wohnrecht/ Förderrecht teilnehmen.



Ausblick

Lassen Sie mich aber kurz vor dem Schluss noch einen Ausblick machen. Was erwartet uns in der Zukunft, wie wird es weitergehen?

1. Es wird für die Betroffenen nicht leichter, sondern es wird noch schwerer – nicht nur durch die längerfristigen Folgen von Corona. Energie wird teurer werden. Auch für Österreich ist ab 2022 die Einführung einer CO2 Steuer geplant, um als Lenkungsinstrument den Ausstieg aus der fossilen Energie zu beschleunigen.



Dieser Schritt ist sehr zu begrüßen und längst überfällig. Aber man darf nicht davon ausgehen, dass eine CO2-Steuer keinen Einfluss auf andere Energieträger hat. Einerseits kommt es zu einer Verschiebung der Nachfrage und andererseits werden die Preise an die geänderte Marktstruktur angepasst werden. Energie wird also gewollt teurer und es wird noch schwerer für armutsgefährdete Haushalte, die erforderliche Energiemenge zu zahlen. Deshalb wird die Herausforderung hier steigen.

2. Was bringt Smart Meter? Derzeit ist in Österreich der Umstieg auf SmartMeter am Laufen, in absehbarer Zeit werden alle Haushalte über einen SmartMeter verfügen. Jedoch auch hier wird es zu Tarifierungen kommen. Konkret werden

vermutlich die Fixkosten (auf Basis der Leistungsnachfrage) steigen und im Gegenzug dazu Arbeitspreise fallen. Es besteht hier sicher die Gefahr, dass Haushalte, die weniger verbrauchen, zu den Verlierern gehören. Das sei nur so nebenbei erwähnt.

Mit dem SmartMeter wird die Möglichkeit der Nutzung von Prepayment-Meter zunehmen und auch attraktiver für die EVUs werden. Dabei muss der Konsument vorab seinen späteren Strombezug bezahlen. Sobald das Konto leer ist, wird der Leistungsbezug reduziert, wie es aktuell in Belgien möglich ist, oder gänzlich gesperrt. Man kann diesem Modell einiges abgewinnen, auch wenn es Gefahren birgt. Diese könnten gegebenenfalls von Begleitregelungen abgefangen werden.

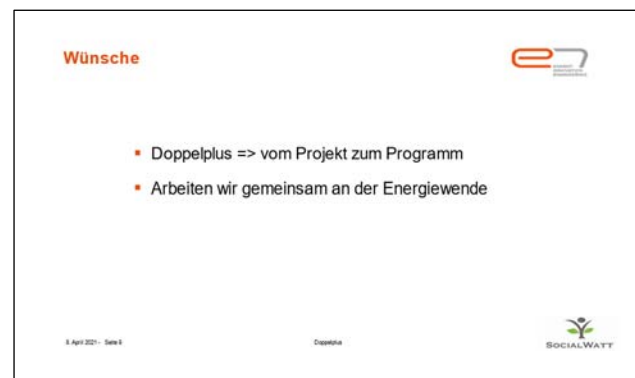
- Welche Verbrauchstarife werden in so einem Fall angeboten?
- Ist der Einsatz von Prepayment-Meters auch bei Fernwärme und Gas möglich?

Zum Abschluss möchte ich noch zwei Wünsche äußern:

Dem Projekt DOPPELPLUS ist zu wünschen, dass es in der einen oder anderen Form fortgeführt wird und die gesammelten Erkenntnisse von allen Interessierten genutzt werden können.

Wichtig ist aber das Miteinander der Sozialexperten mit den Experten für Energieberatung.

Last but not least: Wir haben es vermutlich schon oftmals erlebt, wie die soziale Frage als Argument gegen die erforderliche Energiewende eingesetzt wird. Zuerst müsse man die Armutsfrage lösen und dann könne man sich der Energiewende stellen, heißt es oft. Passen wir auf, dass diese Argumentationslinie nicht zum Bremsargument gegen die Energiewende wird. Arbeiten wir deshalb daran, dass keiner auf die notwendige Energie aus Kostengründen verzichten muss, für eine bessere Welt von Morgen.



Kontakt:

Dr. Georg Benke
georg.benke@e-sieben.at
e7 energy innovation & engineering
Ingenieurbüro für Energie- und Umwelttechnik
Walcherstrasse 11/43
1020 Wien

